

# Als ein Bundesrat diskret lobbyierte

Dokumente zum Milliarden-Deal vor 50 Jahren zeigen: Sogar der damalige Aussenminister mischte beim Bau des Kernkraftwerks Gösgen mit.

Sven Altermatt

Dieser Auftrag war mehr als ein Milliarden-Geschäft. Es ging um viel Prestige – oder wie Willi Ritschard einmal erklärt hatte: Der Kanton Solothurn habe geradezu einen «moralischen Anspruch» auf ein Kernkraftwerk. Das sagte der damalige SP-Regierungsrat und spätere Bundesrat Anfang der 1970er-Jahre. Schliesslich war der Kanton massgeblich am Energiekonzern Atel beteiligt, der auf dem Boden Dänikens das Kernkraftwerk Gösgen plante.

Es sollte das erste KKW der 1000-Megawatt-Klasse in der Schweiz werden. Doch «Gösgen» elektrisierte nicht nur im Solothurner Rathaus die Regierenden: Auch in Bundesbern beschäftigte man sich vor 50 Jahren mit dem Kraftwerk und besonders mit der Frage, wer dieses bauen darf.

Dies zeigen einst vertrauliche Dokumente. Die Papiere lagern heute im Bundesarchiv und wurden von Dodis, der Forschungsstelle Diplomatische Dokumente Schweiz, zugänglich gemacht. Zwar hatte der Bundesrat über das Genehmigungsverfahren hinaus keine direkte Mitsprachemöglichkeit beim KKW Gösgen. Doch im Kreis der Landesregierung versuchten manche, diskret die Fäden zu ziehen.

## Die Schweden wollten den Auftrag unbedingt

Das Bauprojekt schlug mit über zwei Milliarden Franken zu Buche. Industriepolitische Interessen mussten sorgfältig abgewogen werden: Heimische Unternehmen sollten möglichst mitmischen können, gleichzeitig war man auf Hilfe aus dem Ausland angewiesen. Denn nur einige wenige internationale Konzerne waren überhaupt in der Lage, ein Kernkraftwerk zu errichten.

Wer also durfte «Gösgen» bauen? Vier Unternehmen waren im Rennen: Die US-Konzerne Westinghouse und General Electric, die schwedische Asea-Atom sowie die deutsche Kraftwerk-Union KWU.

Die beiden amerikanischen Firmen hatten ihre Reaktoren bereits für die Kraftwerke in Beznau respektive Mühleberg geliefert, beide arbeiteten mit der BBC zusammen. Vom Schweizer Konzern stammten jeweils die Turbinen und die Generatoren. Ebenfalls auf eine Kooperation mit verschiedenen Firmen aus der Schweiz setzten die Schweden.

Derweil offerierte die KWU ein «schlüsselfertiges Kraftwerk», das mit Turbinen und Generatoren von Siemens ausgerüstet werden sollte – ohne

Schweizer Beteiligung. Der Kampf um den Auftrag dauerte mehrere Monate. Zuständig war ein Konsortium, aus dem später die Baugesellschaft für das Kernkraftwerk Gösgen-Däniken hervorging. Mitte Januar 1973 sollte der Entscheid fallen. Interessensvertreter brachten sich frühzeitig in Position. Bemerkenswert war das Wirken des eidgenössischen Politischen Departements, dem heutigen Aussendepartement.

## Für die offizielle Schweiz ging es um mehr

So traf sich Anfang Januar 1973 der damalige schwedische Industrieminister Rune Johansson mit René Faessler, dem Schweizer Botschafter in Stockholm. Der Botschafter rapportierte abschliessend nach Bern.

Aus dem Schreiben des Diplomaten geht hervor: Der damalige Schweizer Aussenminister Pierre Graber war direkt involviert. Der SP-Bundesrat führte hinter den Kulissen gar Gespräche mit Atel-Direktor Charles Aeschmann. Der Oltner war federführend beim Kraftwerksbau. Demnach würde es Graber «sehr begrüessen», wenn es zu einer «schweizerisch-schwedischen Zusammenarbeit kommen würde», hiess es in Faesslers Schreiben.

Und mehr noch: Der Botschafter sollte dem Industrieminister im Namen von Bundesrat Graber mitteilen, dass «er mit Rücksicht auf die alten freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern» dieses Projekt gutheisse. Graber verwies namentlich auf die Zusam-

menarbeit mit den Schweden im Rahmen der Freihandelsassoziation Efta und aktuelle Verhandlungen.

Just zu dieser Zeit war die Assoziation brüchig, und das besorgte die Schweizer Diplomatie: Dänemark und das Vereinigte Königreich traten 1973 der Europäischen Gemeinschaft bei und verliessen die Efta. Umso wichtiger war für die Schweiz jetzt die Zusammenarbeit mit den Schweden, die ebenfalls mit einem Austritt geliebäugelt hatten. Die beiden Länder verfügten nun über das grösste handelspolitische Gewicht in der Efta.

Doch das Lobbying des Aussenministers war zur Luftnummer geraten. Mitte Januar 1973 entschied das zuständige Konsortium, dass «Gösgen» von

SP-Bundesrat Pierre Graber (1908–2003) beschäftigte sich mit der «Gösgen»-Frage.

der deutschen KWU gebaut werden soll – als erste (und bis dato einzige) Anlage in der Schweiz. Ihre Offerte habe insbesondere beim Preis und der Lieferzeit überzeugen können, lautete die Begründung.

## Heimische Industrie sollte eine Rolle spielen

Im Rückblick zeigt sich: Dass Aussenminister Graber für eine schwedische Lösung warb, dürfte nicht unbedingt der Mehrheitsmeinung in Bundesbern entsprochen haben. Bevorzugt wurde eine Lösung unter Beteiligung der BBC. Denn es war quasi eine Frage von nationaler Bedeutung, dass die Schweizer Maschinenindustrie auch im Atomzeitalter eine Rolle spielen sollte.

In einem weiteren Dokument von 1973, einer Experten-Einschätzung aus dem Bundesamt für Aussenwirtschaft, findet sich ein Erkläransatz für den «Gösgen»-Zuschlag an die Deutschen: Die Verantwortlichen wollten damit offenbar nicht zuletzt im Ausland den Eindruck verhindern, dass die amerikanischen Reaktorhersteller hierzulande über eine «ausgeprägte Vorzugsstellung» verfügten.

Das KKW Gösgen nahm Ende 1979 seinen kommerziellen Betrieb auf. Bei der BBC begann das KKW-Geschäft derweil massiv zu harzen – bis 1987. Es ist die Ironie dieser Geschichte: Erst als der Konzern mit der schwedischen Asea zur ABB fusionierte, wurden in dessen Turbinenfabrik wieder KKW-Teile hergestellt.